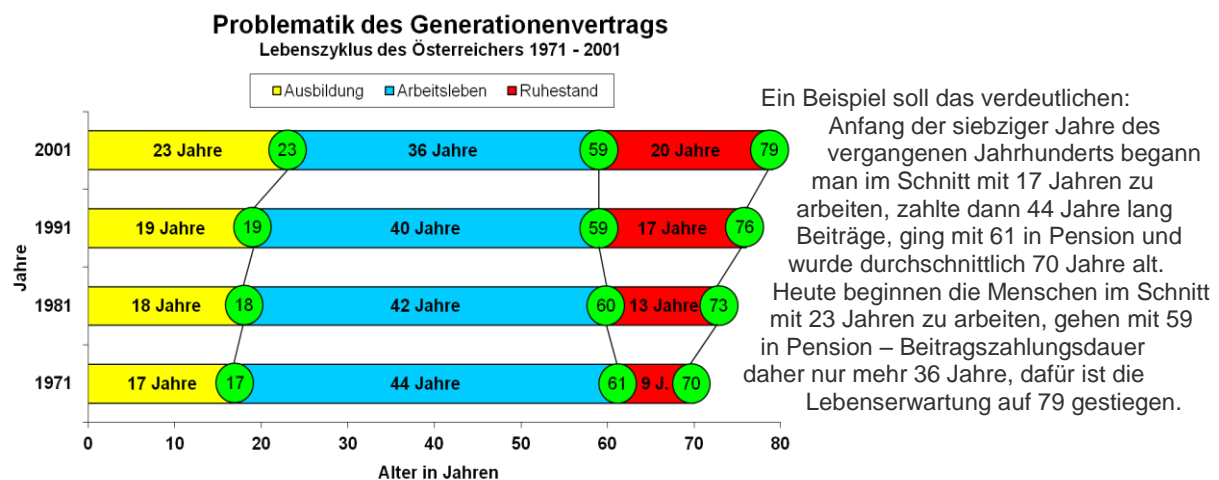


## Die Problematik des Umlagesystems

Das österreichische (staatliche) Pensionssystem funktioniert nach dem sogenannten „Umlagesystem“. Das bedeutet, dass die Beiträge der heute Aktiven „umgelegt“ werden und sofort als Pensionen an die heutigen Pensionisten ausbezahlt werden. Das System basiert also darauf, dass immer so viel einbezahlt wird, als herausgenommen wird. Geht sich das nicht aus, weil beispielsweise durch Gesetze höhere/mehr Pensionen zugesichert sind, muss ein Dritter (in unserem System „der Staat“ – also im Endeffekt wieder der Steuerzahler) zuschießen. **Als das System eingeführt wurde, kamen auf einen Pensionisten, der durchschnittlich 9 Jahre Pension erlebte, 4 Beitragszahler, welche durchschnittlich 44 Jahre arbeiteten (einzahlten).**

Viele Jahre ging das gut. Zwar begann sich der Eintritt ins Berufsleben sukzessive nach hinten zu verschieben (aufgrund des Besuches höherer Schulen und späterem Studium) und der Pensionsantritt wurde immer mehr nach „vorne“ verlegt, doch sorgten Wirtschaftswachstum und hohe Lohnsteigerungen (Lohnindex lag jahrelang weit über dem Preisindex) für stark steigende Beiträge, welche die anderen Faktoren zunächst nicht wirksam werden ließen. Doch es kamen noch zwei weitere, gravierende Faktoren dazu: Die Geburtenzahl nimmt ständig ab, so dass immer weniger Zahler nachkommen, gleichzeitig steigt aber erfreulicherweise die Lebenserwartung, so dass man die Pensionen viel länger bezieht.



Mussten also früher 4 Aktive einem Pensionisten 9 Jahre die Pension finanzieren, so sind das heute 2 Aktive die 1,7 Pensionisten 20 Jahre lang die Rente finanzieren müssen. Ein Blick in die Zukunft, der deshalb leicht fällt, da alle handelnden Personen schon leben oder erst gar nicht geboren wurden: In wenigen Jahren wird ein Aktiver einem Pensionisten 25 – 28 Jahr lang die Pension finanzieren müssen.

Will der Eine (Aktiver) gleich hohe Beiträge zahlen als bisher, wird sich der Andere (Pensionist) mit ca. der halben Pension begnügen müssen als heute. Will der Andere (Pensionist) aber eine gleich hohe Pension als die heutigen Pensionisten, müsste der Eine (Aktive) einen mehr als doppelt so hohen Beitrag bezahlen als heute. Oder der Staat gleicht aus – was er aber wieder nur aus Beitrags- oder Steuereinnahmen machen könnte. Doch hier heißt ja die Devise: Schuldenabbau und trotzdem keine neuen Steuern.

Daher kommt es laufend zu Pensionsreformen, die letzten großen waren 2000, 2003 und 2005. Das Ergebnis aller Pensionsreformen: Die künftigen Pensionen fallen niedriger aus als vor den Reformen. Die Sache hat allerdings einen gewaltigen Haken: Es werden immer nur die künftigen Pensionen der heutigen „Zahler“ gekürzt, während jene Pensionen, die mit den Beiträgen der Zahler gespeist werden, von den Reformen nicht betroffen sind.

„Die Pensionen sind gesichert.“ Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) kämpft in der Öffentlichkeit gegen Panikmache beim Pensionssystem. „Ich kann mit ruhigem Gewissen den 20-Jährigen sagen, ihr bekommt eine Pension“, versicherte er erst vor wenigen Wochen. Was er vermied: Etwas zur konkreten Höhe dieser Pensionen zu sagen! Die Experten außerhalb politischer Funktionen sind da schon um vieles deutlicher: „Alle Prognosen sagen, dass der Pensionsaufwand nicht zu bewältigen ist. In 20 bis 30 Jahren werden wir 25 bis 30 Prozent weniger Pension bekommen. Das wird nicht offen kommuniziert, aber es ist die Konsequenz dessen, was gesetzlich festgelegt ist“, analysiert der Ökonom Ulrich Schuh vom Institut für Höhere Studien (IHS) im ORF.at-Interview. Doch schon die jetzt in Pension gehenden Frauen und Männer bekommen viel weniger Pension, als jene, welche schon vor einigen Jahren (vor den großen Reformen) in Pension gingen. Die Valida Consulting untersuchte, wie sich die vielen Änderungen im gesetzlichen Pensionsrecht im Zeitraum von 1985 bis 2010 tatsächlich konkret auf die Pensionshöhe von Einzelpersonen auswirken. Die Ergebnisse sind ermüthend: Abhängig vom konkreten Versicherungsverlauf und vom Pensionsstichtag beträgt die Ausgangspension heute nur mehr etwa 70 % im Vergleich zur Pension die man gehabt hätte, wenn heute noch das Pensionsrecht von 1985 gelten würde.

Die Zukunft des Umlagesystems erscheint düster: Die allgemeine Ersatzrate - das Verhältnis zwischen dem Durchschnittslohn und der Durchschnittspension - wird laut Mayrhuber vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) gegenüber ORF.at. auf 31 Prozent im Jahr 2050 sinken.